

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 1520-0
Telefax: (02 28) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Eine Täuschung der internationalen Öffentlichkeit bei den bevorstehenden Wahlen wirft der türkischen Regierung **Jannis Sakellariou MdEP** vor.

Seite 1

Die Welt so zu verändern, daß junge Frauen neue Chancen bekommen, fordert die im Regierungsteam der SPD als Ministerin für Bildung, Jugend und Frauen nominierte Berliner Senatorin **Christine Bergmann**.

Seite 2

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten fordern von der EU eine schnelle Umsetzung des Aktionsprogramms der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz, erläutert **Lissy Gröner MdEP**.

Seite 3

Die Koalitionsparteien haben den Willen zum Konsens beim wichtigen Problem Klimaschutz fehlen lassen, beklagt **Prof. Monika Ganseforth MdB**.

Seite 4

Dokumentation:

Was das Wirken Friedrich Eberts für unsere heutige Zeit bedeutet, erläutert der stellvertretende SPD-Vorsitzende **Wolfgang Thiers**.

Seite 5

49. Jahrgang / 192

6. Oktober 1994

Türkische Regierung will internationale Öffentlichkeit täuschen

Freie und unbehinderte Stimmabgabe auch bei der Wahl am 4. Dezember nicht möglich

Von **Jannis Sakellariou MdEP**

Die Ankündigung der türkischen Regierung, die kurdische Arbeiterpartei HADEP anlässlich der für den 4. Dezember anberaumten Nachwahlen zum erstmalig zuzulassen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Es steht jedoch zu befürchten, daß die Bedingungen, unter denen diese Wahl ablaufen soll, sich nicht wesentlich von denen der letzten Wahl im März dieses Jahres unterscheiden. In diesem Fall würden sie den Ansprüchen demokratischer Wahlen eindeutig nicht genügen, da eine freie und ungehinderte Stimmabgabe für jede der zur Wahl stehenden Partei nicht möglich ist.

Deshalb sehe ich konkret die Gefahr einer Täuschung der internationalen demokratischen Öffentlichkeit durch die türkische Regierung. Diese versucht nach außen den Eindruck von allgemeinen, freien und gleichen Wahl zu erwecken, indem sie es der HADEP formal ermöglicht, an den Wahlen teilzunehmen. In Wirklichkeit jedoch kann von allgemeinen, freien und gleichen Wahlen keine Rede sein, weil

1. die schon gewählten DEP-Abgeordneten weiterhin in Haft bleiben und vom Gefängnis aus kandidieren müssen;
2. andere gewählte DEP-Abgeordnete vom Exil aus kandidieren müssen, da sie ansonsten ebenfalls Gefahr laufen, verhaftet zu werden;
3. für die Bewohner und Bewohnerinnen, die aus ihren über 2.000 Dörfern vertrieben worden sind, eine Teilnahme an den Wahlen nicht möglich ist, da sie sich nicht mehr in die Wählerverzeichnisse eintragen lassen können.

Solange die türkische Regierung nicht wirklich bereit ist, demokratische Rechte und Wahlen in ihrem Land zu etablieren, die Menschenrechte voll zu wahren und das Kurdenproblem einer politischen Lösung zuzuführen, muß der internationale Druck auf den offiziellen türkischen Staat erhalten bleiben. (-/6. Oktober 1994/hgs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtige Umsetzung
mit systemischer Rückmeldung
Regelungsbedarf



Junge Frauen fordern und fördern

Wir können unsere Welt so verändern, daß junge Frauen neue Chancen bekommen

Von **Christine Bergmann**

Senatorin für Arbeit und Frauen in Berlin

Als Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend im Regierungsteam der SPD nominiert

Rund sechs Millionen junge Frauen zwischen 16 und 29 Jahren gibt es in Deutschland. Sie sind zunehmend besser ausgebildet und nehmen mit viel Energie und Kreativität am Leben unserer Gesellschaft teil. Trotzdem müssen sie nicht nur beweisen, daß sie allen Anforderungen an sie gewachsen sind. Sie müssen zusätzlich unter Beweis stellen, daß sie ja eigentlich besser sind als die Männer, mit denen sie konkurrieren. Diese Hindernisse haben Frauen nicht abgehalten, in die Männerdomänen einzudringen. Auch wenn es Zahlen gibt, die uns frustrieren könnten: zum Beispiel, daß 0,2 Prozent Kraftfahrzeugmechanikerinnen 100 Prozent Zahnarzthelferinnen gegenüberstehen. Oder daß in den obersten Führungsetagen die Luft für Frauen so dünn wird, daß dort nur noch 5,9 Prozent Frauen sitzen. Da frage ich mich doch: Wie kommt das? Können junge Frauen nicht mit Werkzeug umgehen? Wissen junge Männer nicht, wie man(n) eine Plombe anrührt? Können Frauen keine Doktorarbeiten schreiben oder Betriebe leiten?

Wir dürfen uns durch diese Zahlen nicht erschrecken lassen. Ich sehe diese Situation als eine Herausforderung für die Politik und für die Frauen.

Es gibt unterschiedliche Gründe, die dazu führen, daß junge Frauen oftmals nicht dahin kommen, wo sie eigentlich sein könnten und wollten. Da sind einmal die Vorurteile unserer Männergesellschaft. Wir kennen die Probleme junger Frauen im Handwerk. Auch sie gibt es noch, traditionelle Vorstellungen davon, wie eine junge Frau zu sein hat. Wieviele Mädchen kommen wohl in ihrer Schulzeit dazu, die Rollenbilder, die sie umgehen, in Frage zu stellen? Später sind junge Frauen mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Welcher Betrieb hat schon so flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer, daß Zeit ist für Arbeit und Kind?

Wir können unsere Welt so verändern, daß junge Frauen neue Chancen bekommen. Sich nämlich einen Beruf auszusuchen, der eben nicht "frauentypisch" ist. Dafür müssen wir was tun. Zum Beispiel muß schon früh angefangen werden, Mädchen und Jungen zu vermitteln, daß es eben nicht alles entweder rosa oder hellblau ist. In den Kindergärten, in den Schulen, den Kitas - überall muß darauf hingearbeitet werden, daß es "typisch Mädchen" nicht mehr gibt. Bei den Ausbildungsplätzen muß darauf geachtet werden, daß die Hälfte aller Plätze für Mädchen, wenn sie in diesen Beruf eintreten möchten, vorbehalten ist.

Um Frauen gleichberechtigte Chancen im Leben zu ermöglichen, werden wir Berufsbilder entwickeln, die einer modernen Frauenrolle in unserer Gesellschaft angepaßt sind. Das sind Berufsbilder, die weder geschlechtsspezifisch noch starr sind. So sollte der gewerblich-technische Bereich nicht länger eine für junge Frauen unzugängliche Region sein - er war es übriges für Mädchen in der ehemaligen DDR auch nicht. In allen Berufen sollen den Frauen die gleichen Möglichkeiten der Weiterbildung und des Aufstiegs gegeben werden wie den Männern. Dabei darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden, daß auch "frauentypische", das heißt soziale, Berufe aufgewertet und für die Weiterqualifizierung erschlossen werden müssen. Es muß darauf geachtet werden, daß Mädchen sich nicht abschrecken lassen von den männlichen Strukturen der Ausbildungsstätten, Fachschulen oder Universitäten. Auch können Wege gefunden werden, die beides ermöglichen - einen guten Job und Kinder, ohne daß die Frauen dabei von der Doppelbelastung erstickt werden. Flexible Arbeitszeiten und gute Kinderbetreuung würden es jungen Frauen erlauben, einen Beruf zu haben, sich weiterzubilden und eine Familie zu haben. Und: Wer sagt eigentlich, daß nicht auch Männer Teilzeitarbeit machen können?

Alle diese Dinge müssen gesetzlich verankert werden, sonst ändert sich nichts. Und dafür müssen Frauen gemeinsam Druck machen. Ein paar engagierte Frauenpolitikerinnen reichen nicht aus dafür.

Junge Frauen sind nicht nur in einer Situation, in der sie besonders gefördert werden müssen, sie sind auch in einer Situation, in der sie gefordert sind. Es geht doch nicht an, daß mehr und mehr Frauen wieder aus der Berufswelt verdrängt werden, daß viele junge Frauen gar nicht erst einen Ausbildungsplatz finden.

Wir könnten mit den Schultern zucken und es einfach so weitergehen lassen. Wollen wir aber nicht. Unser Ziel ist eine Welt, in der junge Frauen uneingeschränkt die gleichen Chancen haben wie junge

Männer. Deshalb wollen wir ein wirkungsvolleres bundesweites Gesetz, das die Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt garantiert, fordern mehr und bessere Ausbildungsplätze für Frauen. Wir fordern neue Wege, die die Weiterbildung und Umschulung für Frauen erleichtern. Wir fordern Maßnahmen, die auch die Rückkehr in die Arbeitswelt für Frauen mit Kindern einfacher machen. Fordern Kindergartenplätze für Kinder von berufstätigen Frauen und mehr Möglichkeiten, flexibel zu arbeiten.

(-/6.10.1994/vo-he/hgs)

Drei Milliarden ECU für Familienplanung

Die beste Bevölkerungspolitik ist die Bekämpfung der Armut und die Stärkung der Rolle der Frau

Von Lissy Gröner MdEP

**Koordinatorin der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments im
Frauenrechtsausschuß**

Für eine schnelle Umsetzung des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zur Familienplanung und die umgehende Freigabe von drei Milliarden ECU (sechs Milliarden DM) aus dem Haushalt der Europäischen Union als "ersten Schritt" haben sich im Europäischen Parlament in einer gemeinsamen Entschließung Sozialdemokraten, Grüne und Liberale gegen Christdemokraten und Konservative ausgesprochen (222:168:11). SPD-Europaabgeordnete forderten die Bundesregierung auf, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft den EU-Haushalt entsprechend auszustatten.

Die Fraktion der Europäischen Sozialdemokraten hat bei dieser Entschließung ebenso hart gerungen, wie die Konferenzteilnehmer in Kairo. Wir bedauern zugleich das Festhalten von CDU/CSU-Abgeordneten an überholten Familienkonzepten, mit denen die Lebenswirklichkeit von Millionen Frauen verfälscht und ideologisch verbrämt werden.

Auf der Weltsozialkonferenz im Frühjahr in Kopenhagen und der Weltfrauenkonferenz im Herbst 1995 in Peking müssen bereits erste Ergebnisse aus dem Aktionsplan von Kairo auf dem Tisch liegen. Deshalb müssen auch im finanziellen Bereich dringend mehr Mittel bereitgestellt werden für eine Entwicklung, die uns sonst über den Kopf wächst.

Nach Prognosen der UNO wächst die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2025 auf 8,5 Milliarden Menschen an. Das kann noch schneller eintreten, wenn die Maßnahmen von Kairo nicht umgesetzt werden. Das Aktionsprogramm bildet eine Grundlage, um eine Politik der Familienplanung in die Wege zu leiten und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte der Frau zu fördern.

Die beste Bevölkerungspolitik ist die Bekämpfung der Armut, die Stärkung der Rolle der Frau, der Ausbau von Beratung und Gesundheitsmaßnahmen und die Ermöglichung eigenständiger ökonomischer Entwicklung der Frauen.

Abtreibung ist kein Mittel der Geburtenplanung und so heißt es in der Entschließung des Parlaments: "Abtreibung (darf) auf keinen Fall als Instrument der Geburtenkontrolle angesehen werden.

(-/6. Oktober 1994/hgs/fr)

Koalition läßt Klima-Enquete scheitern

Bei einem ersten Problem ließen es die Koalitionsparteien am Willen zum Konsens fehlen

Von Prof. Monika Ganseforth MdB

**Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der
Erdatmosphäre"**

Es ist ein Zeichen der Schwäche und Nervosität der Koalitionseite, daß sie überraschend einseitig die Zusammenarbeit an gemeinsamen Handlungsempfehlungen für den Energiebericht, der so entscheidend für den Klimaschutz ist, aufgekündigt hat.

Überzeugende Gründe für diese Entscheidung gibt es nicht. Die beteiligten Experten beider Seiten hielten bis zum Schluß einen erfolgreichen Abschluß der Arbeiten für möglich.

Die Koalitionsmehrheit hat es am politischen Willen zur Zusammenarbeit und an der Fähigkeit zum Konsens fehlen lassen und eine förmliche Abstimmung über unseren Antrag auf Weiterarbeit der eingesetzten Arbeitsgruppe verhindert. Statt dessen hat sie mit ihrer Mehrheit feststellen lassen, daß es nicht möglich ist, zu gemeinsamen Handlungsempfehlungen zu kommen.

Dieses ist ein Tiefpunkt in der Arbeit der Enquete-Kommission. In der Vorgängerkommission, deren große nationale und internationale Wirkung gerade darauf beruht, daß sich unabhängige Wissenschaftler und mutige PolitikerInnen an der Sache orientiert über Fraktionsgrenzen hinweg verständigt haben, wäre das undenkbar gewesen.

Dadurch unterscheiden sich Enquete-Kommissionen von Parlamentsausschüssen. Wenn sie erfolgreich sind, gelingt es, daß sich die Standpunkte einander annähern und die Handlungsempfehlungen für das Parlament wenigstens teilweise gemeinsam getragen werden.

Unsere Seite hatte Monate vor Abschluß des Endberichts beharrlich auf die Erarbeitung gemeinsamer Handlungsempfehlungen gedrängt und war auf durchweg positive Resonanz bei den Experten der anderen Seite gestoßen. Erklärtes Ziel war dabei, den gemeinsamen Teil der Handlungsempfehlungen so umfassend wie möglich zu machen und dabei jeder Seite weiterhin Raum für darüber hinausgehende oder konkretisierende Forderungen zu lassen.

Denn es ist klar, daß beispielsweise die Positionen in Bezug auf die künftige Nutzung der Atomenergie in der Kommission divergieren.

Aufgrund interner Schwierigkeiten und großer Meinungsunterschiede in den Reihen der Koalition zog sich die Entscheidung, ob es zu einer Zusammenarbeit kommen soll, hin.

Es ist ein gravierendes Versäumnis der Regie in der Kommission, das heißt insbesondere des Vorsitzenden, daß erst spät - und wie sich nun zeigt, nur halbherzig - über die Erarbeitung gemeinsamer Empfehlungen beschlossen wurde. Das führte am Ende zu einem unvermeidbaren Zeitdruck und zum Scheitern.

Unsere Seite wollte mit den gemeinsamen Handlungsempfehlungen entsprechend dem Auftrag durch den Bundestag eine langfristige Klimaschutzpolitik einleiten, die weit über Wahlperioden und aktuelle Mehrheiten hinausreichen sollte.

Die Chance ihrer Realisierung wächst, wenn sie im Konsens getragen wird. Wir wollten damit die Grundlage für einen nach der Bundestagswahl zu findenden neuen "energie- und klimapolitischen Konsens" schaffen.

Zwar stellen gemeinsame Handlungsempfehlungen ein Minimalprogramm dar und verlangen Abstriche und Kompromisse auf beiden Seiten. Durch eine einvernehmliche Position der Enquete-Kommission steigt jedoch die Durchsetzbarkeit und kann abwertenden und beschwichtigenden Haltungen und Widerständen besser begegnet werden.

Die Klimaprobleme sind ernst. Es muß sofort gehandelt werden.

Daß wegen interner Spannungen und mangelnder Handlungsfähigkeit der Koalitionseite die umfangreiche und wichtige Arbeit der Enquete-Kommission nun zu keinen gemeinsamen Empfehlungen kommt, macht alle künftigen Klimaschutzbemühungen noch viel schwieriger.

Wir werden jetzt mit Nachdruck an eigenen Handlungsempfehlungen für eine wirksame Klimaschutzpolitik arbeiten und für Mehrheiten für ihre Umsetzung kämpfen.

(-/6.10.1994/vo-he/hgs)

DOKUMENTATION**"Freiheit und Recht sind Zwillingschwestern"****Zur Aktualität Friedrich Eberts**

Anläßlich der Enthüllung einer Gedenktafel für den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert an seiner ehemaligen Wohnung in der Berliner Defregger Straße führte der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Wolfgang Thierse, gestern unter anderem folgendes aus:

Wenn wir uns heute Friedrich Eberts erinnern, dann tun wir das in einer Zeit, in der uns eine ganze Reihe von alltäglichen Lebensumständen so zur Selbstverständlichkeit geworden sind, und so gewissermaßen "in Fleisch und Blut" übergegangen sind, daß wir gar nicht mehr wahrnehmen, daß sie für zwei Generationen vor uns noch zu den heftig, manchmal blutig umkämpften Forderungen gehörten. Ich will nicht erneut die von vielen Historikern behandelte Frage aufwerfen, inwieweit die "Novemberrevolution" im Jahre 1919 in Deutschland steckengeblieben ist, worin auch ihre verpaßten Möglichkeiten liegen. Ich will heute zunächst den Blick auf diese für uns scheinbar so zeitlos normal gewordenen Alltagsregeln lenken, die untrennbar mit dem Namen Friedrich Ebert, mit der von ihm geführten ersten Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten verknüpft sind. Denn das wird doch allzu schnell vergessen, bei all der notwendigen Suche nach den verpaßten Chancen, was hier am 12. November per Dekret als Paket durchgesetzt wurde: der Acht-Stunden-Arbeitstag, die Unterstützung der Erwerbslosen, das Frauenwahlrecht, das uneingeschränkte Koalitions- und Versammlungsrecht, die Aufhebung von Belagerungszustand und Zensur.

Erst danach kann man davon sprechen, daß in Deutschland das bürgerliche, das republikanische Zeitalter beginnt, das unsere europäischen Nachbarn schon sehr viel früher eingeläutet hatte. Mit diesem Neuanfang, der zugleich den arbeitenden Menschen die ersten einschneidenden politischen und sozialen Rechte einräumt, ist für uns der Name Friedrich Ebert verbunden. Wir kennen den schweren Weg dieser Weimarer Republik. Wir wissen um die Schritt für Schritt vollzogene Restauration, das Zurückdrängen dieser ersten erkämpften Rechte eines demokratischen Verfassungs- und Gemeinwesens. Die Erfolgsgeschichte des einen deutschen Teilstaats nach 1945, der Bonner Republik, hat da, wo sie eine Erfolgsgeschichte ist, an diese Grundprinzipien eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats angeknüpft. In dieser Hinsicht behält also Friedrich Ebert seine Aktualität. Der zweite Staat auf deutschem Boden, die DDR, hat geglaubt, auf eine Reihe dieser Grundsätze verzichten zu können. Sicher, manches wurde zumindest theoretisch als Notstandsübergangsmaßnahme gerechtfertigt. Aber sowohl der Notstand wie der Übergang, oder, um das Wort des 12. November zu verwenden, der "Belagerungszustand" hielten sich über 40 Jahre.

Uneingeschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht blieben in der DDR Zukunftsmusik für den Sanktimmerleinstag. Auch an dieser inneren Erstarrung ist sie zugrundegegangen. Friedrich Ebert hat sich in seiner Inaugurationsrede als deutscher Reichspräsident am 11. Februar 1919 auch theoretisch mit dem damit in Zusammenhang stehenden Verhältnis von Freiheit und Recht auseinandergesetzt. Er sagte dazu unter anderem - und in dieser Botschaft liegt meines Erachtens die zweite Aktualität Friedrich Eberts:

"Freiheit und Recht sind Zwillingschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung entfalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch immer komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten."

Freiheit hieß für ihn, die bürgerlichen Freiheiten der Französischen Revolution und der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 endlich auch für das deutsche Volk zu erkämpfen. Recht hieß für ihn, die langersehnte politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung der deutschen Arbeiterschaft im Staat zu erkämpfen. In diesem Sinne kann eine rechtsstaatliche, nicht nur auf Gewalt beruhende Ordnung nur eine demokratische Staatsverfassung bedeuten. An diesen Ansprüchen gemessen ist die SED-Herrschaft in der DDR immer eine Gewaltherrschaft geblieben, die Herrschaft einer Minderheit, die keinen Prozeß der Emanzipation und Selbstbefreiung in Gang zu setzen vermochte.

Friedrich Ebert hat sich - und darin sehe ich eine dritte Aktualität - einige Tage zuvor, am 6. Februar 1919 von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung mit dem Verhältnis der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz zur Politik auseinandergesetzt. Da heißt es:

"Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der wilhelminischen Ära das Lassallsche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfaßt hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht Zaudern und Schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!"

Ich streife nur den auch heute keinesfalls gleichgültigen Gedanken über den Wechsel vom Imperialismus zum Idealismus. Manche innerdeutsche Debatte im vereinten Deutschland nach der "sanften Revolution" beziehungsweise der "revolutionären Implosion" der DDR im Herbst 1989 ist ja durchaus geprägt von neuen Großmachtphantasien. Und diese Träume reichen weit hinein ins gegenwärtige Regierungslager.

Nein, ich meine als eigentliche Aktualität den Gedanken von der notwendigen Einmischung der Wissenschaftler, der Literaten, der Filmemacher, der Künstler in die Politik. Sie sind auch mir zu stumm angesichts der großen Aufgaben, die wir im vereinten Deutschland, noch mehr in Europa zu bewältigen haben. Zu viele stehen räsonnierend im Abseits. Meine Vorstellung für eine neue Politik für Ostdeutschland wird es gerade sein, sie aus diesen Ecken herauszuholen, sie an einem regelmäßigen großen Ratschlag über das zu beteiligen, was zur Herstellung eines wirklich vereinten Deutschland noch alles zu tun ist. Ich möchte damit auch andere Politikformen anbieten, offenere, jenseits der so notwendigen wie eingefahrenen Wege der Gremien und der Bürokratie. Es wäre ein Beitrag zu einer neuen politischen Kultur in diesem Lande.

Als einen Beitrag zu einer anderen politischen Kultur in Deutschland hat Friedrich Ebert die Wahrnehmung des neugeschaffenen höchsten Amtes im Staat, das Amt des Reichspräsidenten verstanden. Ich sehe darin die vierte wichtige Aktualität dieser so großen wie umstrittenen Persönlichkeit der deutschen Geschichte. Er umriß dieses Selbstverständnis so:

"Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu leugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaats mir anvertrauen, haben Sie - ich weiß es - keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft."

Ebert hat damit ein schwieriges Spannungsverhältnis umrissen. Er blieb der Mann aus der Arbeiterschaft, der Politiker der Sozialdemokratie, der Idee des Sozialismus verbunden. Und er mußte und wollte doch zugleich der Repräsentant und der Vertreter der Interessen des ganzen Volkes sein. Heute, in einer Zeit, in der die wenigsten vor uns liegenden Probleme als reine Klassenprobleme oder als rein national zu lösende Probleme auf der Tagesordnung stehen, sind diese Überlegungen Eberts aktueller denn je. Ich betone dies, um die damit verbundene Schwierigkeit des Aushaltens eines solchen Spannungsverhältnisses zu verdeutlichen. Denn dies gilt nicht nur für die eigentliche Amtsnachfolge Eberts. Richard von Weizsäcker hat, aus ganz anderen sozialen Verhältnissen stammend, ein eindrucksvolles Beispiel gegeben. Es gilt aber gerade auch für die unmittelbar handelnde Politik. Gestatten Sie mir die skeptische Bemerkung, auch als Beteiligter, daß ich dort, dazu noch in Wahlkampfzeiten, zur Zeit wenig Beispielgebendes sehe.

Doch für eine solche politische Kultur lohnt es zu streiten: Daß jeder einzustehen vermag für seine Herkunft und seine Interessen, daß um die Gegensätze der Interessen hart gerungen wird, aber daß um der gemeinsamen Zukunft willen ein Weg gesucht wird, der nicht nur Gewinner und Verlierer, Sieger und Besiegte zurückläßt.

(-/6. Oktober 1994/hgs/tr)
